

Stellungnahme der EnergieWerkStadt eG zu den angekündigten Veränderungen im Heizungsrecht und zu den Folgen für Bürger und Kommunen (Kurzfassung)

The logo consists of the text "ENERGIE WERKSTADT" in white, uppercase letters on a red rectangular background. A registered trademark symbol (®) is located at the top right of the red box.

Stand: 9. März 2026

Die EnergieWerkStadt® eG begrüßt, dass die Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz zunehmend versachlicht und stärker auf Praxistauglichkeit, Bezahlbarkeit und Entscheidungsfreiheit ausgerichtet werden soll. Zugleich sehen wir die Gefahr, dass aus einer politisch verständlicheren Vereinfachung neue Unsicherheiten für Bürger, Kommunen und Infrastrukturbetreiber entstehen können.

Unsere Position orientiert sich an einer Bewertung der technischen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen. Wir werben für einen planbaren Transformationspfad im Gebäudesektor, der von unten getragen wird, Bürger nicht überfordert, die Klimaschutzziele ernst nimmt und zugleich die langfristigen Kostenrisiken fossiler Energieträger nicht ausblendet.

Was wir Bürgerinnen und Bürgern heute empfehlen

Für Haushalte steht bei Heizungsentscheidungen verständlicherweise nicht zuerst das Klimaziel im Vordergrund, sondern die Frage der Bezahlbarkeit. Investitionen in Heizsysteme betreffen häufig mehrere zehntausend Euro und wirken über Zeiträume von 15 bis 25 Jahren, teils länger. Aus unserer praktischen Erfahrung lassen sich einige grundlegende Empfehlungen ableiten.

Eine funktionierende Heizungsanlage muss nicht vorschnell ersetzt werden. In vielen Fällen ist es sinnvoller, zunächst Effizienzmaßnahmen umzusetzen – etwa eine bessere Einstellung der Anlage, einen hydraulischen Abgleich oder kleinere Dämmmaßnahmen (z. B. der Kellerdecke).

Wenn eine Heizung ersetzt werden muss, sollten nicht nur die Anschaffungskosten betrachtet werden. Entscheidend sind die Gesamtkosten über die Lebensdauer der Anlage. Dazu zählen insbesondere Brennstoffkosten (inkl. CO₂-Bepreisung) und Wartung sowie mögliche Investitionsförderungen.

Fossile Heizsysteme können kurzfristig günstiger erscheinen, bergen jedoch langfristige Preis- und Versorgungsrisiken. Steigende CO₂-Preise, europäische Regulierung und geopolitische Unsicherheiten können dazu führen, dass fossile Brennstoffe künftig deutlich teurer werden.

In vielen Gebäuden stellen daher Wärmepumpen oder Wärmenetze bereits heute wirtschaftlich robuste Lösungen dar. Entscheidend bleibt jedoch immer eine individuelle Betrachtung des Gebäudes und seines lokalen Umfelds.

PV und Stromkosten mitdenken

Viele Bürger betrachten ihr Haus heute zunehmend als Energiesystem. Neben der Heizung spielen Stromverbrauch, Photovoltaik, Speicher oder Elektromobilität eine immer größere Rolle. Das Vergütungssystem wird sich schrittweise ändern. Förderregelungen werden stärker an Marktmechanismen und an Anforderungen des Energiesystems gekoppelt.

Für Hausbesitzer bedeutet das: Eine Photovoltaikanlage sollte nicht nur als Einnahmequelle über Einspeisevergütung betrachtet werden. Wirtschaftlich immer wichtiger werden Eigenverbrauch, flexible Stromnutzung sowie die Kombination mit Wärmepumpe, Speicher und ggfs. Elektromobilität.

Wenn ohnehin Maßnahmen am Gebäude anstehen – etwa eine neue Heizung, eine Dachsanierung oder der Einstieg in die Elektromobilität – lohnt es sich daher, Photovoltaik von Anfang an mitzudenken. Viele dieser Einzelentscheidungen beeinflussen zudem die zukünftige Energieinfrastruktur einer Gemeinde.

Warum Kommunale Wärmeplanung wichtig bleibt

Genau an dieser Schnittstelle setzt die Kommunale Wärmeplanung an. Sie hilft Kommunen, Unternehmen und Bürgern, sich bei Investitionsentscheidungen besser zu orientieren. Eine gute Wärmeplanung beantwortet zentrale Fragen: Wo können wirtschaftlich tragfähige Wärmenetze entstehen? Welche erneuerbaren Energiepotenziale stehen zur Verfügung? Wo werden individuelle Lösungen wie Wärmepumpen dominieren? Welche Infrastrukturinvestitionen sind langfristig sinnvoll? Wie kann ich die Wärmeversorgung der Gemeinde möglichst autark und klimaneutral aufstellen?

Gerade für kleinere Städte und Gemeinden – und damit auch für viele Kommunen in Thüringen – zeigt die Wärmeplanung häufig auch, wo größere Wärmenetze realistischerweise nicht entstehen werden und dezentrale Lösungen zur Regel werden. Auch diese Klarheit ist für Bürger wichtig: Sie wissen dann, dass Entscheidungen im eigenen Gebäude langfristig maßgeblich bleiben und nicht auf eine möglicherweise nie kommende Infrastruktur warten müssen. Gleichzeitig liefert die Wärmeplanung wichtige Informationen über lokale Potenziale erneuerbarer Energien und über zukünftige Anforderungen an Strom- und Energieinfrastruktur. Gerade für kleinere Kommunen schafft diese Klarheit eine wichtige Grundlage für verlässliche Investitionsentscheidungen. Nicht zuletzt regt die Wärmeplanung dazu an, sich auch gemeinschaftlich im Dorf oder Gemeindequartier mit der Energieversorgung auseinanderzusetzen und z.B. über Bürgerenergiegenossenschaften eine gemeinschaftliche Wärmeversorgung zu organisieren.

Empfehlung an Kommunen

Kommunen, die ihre Kommunale Wärmeplanung noch nicht beauftragt haben, sollten dies aus unserer Sicht zeitnah tun – solange Förderkulisse, Datengrundlagen und methodische Qualität noch gesichert sind.

Der Vorteil einer Beauftragung im aktuellen Rahmen liegt nicht nur in besseren Daten, sondern vor allem in größerer Entscheidungssicherheit. Eine solide Wärmeplanung schafft die Grundlage, um Wärmenetzgebiete zu identifizieren, Einzelversorgungen realistisch einzuordnen, Infrastrukturinvestitionen zu koordinieren und Bürgern sowie Unternehmen Orientierung zu geben. Durch die planerische Klarheit kann die Umsetzung der Energieinfrastruktur vorangetrieben werden und sichert somit langfristige Unabhängigkeit, steigert die regionale Wertschöpfung und sichert die Einhaltung der Klimaschutzziele.

Diese Orientierung ist gerade in ländlichen Gemeinden auch eine Frage der Akzeptanz. Wird ausgerechnet dort die planerische Tiefe spürbar zurückgenommen, kann dies den Eindruck verstärken, dass kleinere Kommunen bei einer zentralen Zukunftsfrage mit weniger Orientierung auskommen sollen als größere Städte.

Wer heute auf Planung verzichtet, riskiert dagegen ungeordnete Infrastrukturentscheidungen, höhere langfristige Kosten und verpasste Fördermöglichkeiten.

Fazit

Die aktuelle politische Neuordnung sollte genutzt werden, um Heizungsentscheidungen verständlicher und wirtschaftlich vernünftiger zu machen. Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass Kommunen ihre strategische Rolle in der Energieinfrastruktur verlieren.

Klimaschutz im Gebäudebereich gelingt dauerhaft nur, wenn er technisch plausibel ist, von unten getragen wird und für Bürger bezahlbar bleibt. Genau deshalb brauchen wir weiterhin gute kommunale Wärmeplanung, ehrliche Beratung und Investitionen in robuste, möglichst CO₂-arme Infrastrukturen.

Wer heute plant, schafft Orientierung für die Investitionsentscheidungen der nächsten zwanzig Jahre.